

114



2 Wochen
1 Fazit

CDU/CSU-Bundestagsfraktion für
Werbeverbot. Tabakkontrollkonferenz fordert E-Zigarettensteuer.

1. Zusammenfassung und Trends

Kurzübersicht	Trend	
	<p>Koalition (CDU, CSU, SPD): Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich für ein Verbot von Tabak- und E-Zigarettenwerbung entschieden. Der Vorschlag der Union sieht eine sukzessive Ausweitung des Verbots vor. Im nächsten Schritt steht die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs und der parlamentarische Gesetzgebungsprozess an, der für das Frühjahr 2020 zu erwarten ist.</p>	
	<p>Opposition (B90/Die Grünen, FDP, Die Linke): Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die sich wie die SPD für ein Tabak-Werbeverbot eingesetzt haben, werden den Druck auf die Regierungsfractionen aufrecht erhalten. Die FDP engagierte sich gegen das Verbot; ihre Argumente konnten sich aber nicht durchsetzen.</p>	
	<p>Bundesrat, Bundesländer: Auch auf Landesebene bleibt das Werbeverbot Thema. Auch hier dominieren die Stimmen gegen die Tabak- bzw. E-Zigarettenwerbung. Damit erhalten Politiker und Bürger weitere – näher an ihrer Lebenswelt liegende – Handlungs-Impulse. Dadurch entsteht auch der Eindruck eines dringlichen Handlungsbedarfs.</p>	
	<p>EU, Europa, Übersee: Norwegen übernimmt die TPD2-Regelungen und will somit nikotinhalige E-Zigaretten legalisieren. Währenddessen fasst die Schweiz ein Tabak-Werbeverbot ins Auge und führt die Türkei die Einheitsverpackung für Zigaretten ein. In Asien treiben die Vorfälle in den USA die E-Zigarettenregulierung voran.</p>	
	<p>Fachcommunity, Wettbewerb: Im Zuge der Tabakkontrollkonferenz des DKFZ plädieren Experten für das Werbeverbot sowie eine Erhöhung der Tabak-Steuer sowie eine Erhebung von Steuern auf E-Zigaretten. Positive Forschungsergebnisse zum Dampfen dringen nicht durch, z.B. dass neue Statistiken in Großbritannien die Gateway-These nicht stützen.</p>	
	<p>Medien: In den Medien dominiert die Berichterstattung über die Entscheidung der Unions-Bundestagsfraktion zur Einführung eines Werbeverbots. Der Entscheid wird als überflüssig bewertet und geht einzelnen Kommentatoren nicht weit genug. Die Presse hält den Handlungsdruck auf die Politik aufrecht.</p>	
<p>Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.</p>		
<p>Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise) </p>		

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- a) [CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein umfassendes Werbeverbot](#)
- b) [Tabakkontrollkonferenz: Erneute Forderungen nach Werbeverbot und Steuererhöhungen](#)
- c) [Neue Dampfer- und Raucherzahlen in UK stützen Gateway-Effekt nicht](#)

Liebe Mitglieder,

Weihnachten steht vor der Tür.

Nach einem aufregenden und aufreibenden Jahr sowie dem Weihnachtsgeschäft stehen uns nun die Feiertage bevor. Wir wünschen Euch und Euren Familien beschauliche und erholsame Feiertage!

Dieses Jahr war geprägt mit vielen Auf und Abs, einer Menge Gespräche in Berlin und den Ländern und Expertentreffen. Gemeinsam mit Euch konnten wir die verschiedenen Belange unserer Branche gegenüber der Politik und Öffentlichkeit vertreten. Trotz aller Bemühungen sprachen sich nun die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD für ein E-Zigarettenwerbeverbot aus. Das ist bedauerlich.

Denn damit erwiesen sie den Rauchern in Deutschland einen Bärendienst. Raucher, die nichts oder kaum etwas über die E-Zigarette wissen, bleiben Raucher. Das jahrelange offensive Werben der Tabak-Industrie hat viel Skepsis in der Politik entstehen lassen, die sich bislang nicht gelegt hat.

Auch im kommenden Jahr werden wir uns für unsere Branche und unser Produkt stark machen und uns aktiv bei den anstehenden Debatten einbringen.

Wir wünschen Euch gute Festtage und eine anregende Lektüre

Euer



Dustin Dahlmann
(Vorsitzender)



Thomas Mrva
(2. Vorsitzender)



Frank Hackeschmidt
(Schatzmeister)

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 10.12.2019, 06.12.2019, 28.10.2019

Meldung: Die Bundesregierung zeigt sich abwartend über die künftige Regulierung der E-Zigarette. In Fragen der Besteuerung will die Regierung den Bericht der EU-Kommission zum Konsumverhalten und die Marktpräsenz abwarten, der ihr frühestens zum Jahresende vorliegen soll. Die EU-Kommission will im Laufe des Jahres 2020 eine Folgenabschätzung

durchzuführen. Produkte abhängig von ihrer Gesundheitsschädlichkeit zu besteuern lässt die Bundesregierung offen. Auch sei eine steuerliche Differenzierung, die ausschließlich zwischen brennbaren und nicht-brennbaren Tabakprodukten unterscheidet, ist nach geltendem europäischem Recht grundsätzlich nicht möglich, so die Regierung ggü. dem Parlament. Eine Initiative der Bundesregierung zu Veränderungen bei der Tabaksteuer liegt laut der Bundesregierung nicht vor.

Nach einer Auswertung von Anfragen bei den Giftinformationszentren durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat es in Deutschland bislang keine „bedrohlichen“ Vergiftungen durch E-Zigaretten gegeben. Das versehentliche Verschlucken von Liquids stellt mit 82 Prozent der Fälle den häufigsten Grund für Anfragen zu E-Zigaretten bei den Giftinformationszentren dar – oft sind Kinder betroffen. Nur in 8 Prozent der 851 registrierten Fälle gaben die Betroffenen an, die E-Zigarette ordnungsgemäß benutzt zu haben.

Quelle: bundestag.de, bfr.bund.de, aerzteblatt.de

2.2. Bundestag und Parteien

Datum: 11.12.2019, 10.12.2019, 09.12.2019

Meldung: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in einer internen Abstimmung für ein umfassendes Werbeverbot für Tabak-Produkte und E-Zigaretten entschieden. Bereits zuvor war das Werbeverbot kontrovers in der Fraktion diskutiert worden. Tabak-Kritiker aus den Reihen der Gesundheitspolitiker erhielten dabei Unterstützung von Fraktionskollegen aus dem Bereich Landwirtschaft und Verbraucherschutz, die einen Vorschlag mit umfassenden Werbeverböten einbrachten (Report 112).

Die Union stimmte dafür, ein Werbeverbot für klassische Tabak-Produkte ab 2022 einzuführen. Das Verbot solle dann gestaffelt auf HNB (ab 2023) und E-Zigaretten – auch nikotinfrei – (ab 2024) ausgeweitet werden. Ab 1. Januar 2021 soll unter anderem Kinowerbung bei allen Filmen, die für Minderjährige freigegeben sind, verboten werden. Außerhalb des Fachhandels dürfen zudem keine Gratisproben von Tabak-Produkten ausgegeben werden. 46 der 246 CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten stimmten gegen das Werbeverbot. Die Union betonte nochmals in ihrer [Begründung](#) keine „Verbotspartei“ zu sein, und argumentiert mit Gesundheits- und Jugendschutz.

Einige wenige Werbe-Optionen sollen erhalten bleiben, z.B. Außenwerbung an Fachgeschäften. Auch Einheitsverpackungen (sog. „Plain Packs“) sollen nicht eingeführt werden. „Wir werden sicherstellen, dass die Inhaltsstoffe der E-Zigaretten besser erforscht, kontinuierlich kontrolliert und wo notwendig, klar verboten werden“, so der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch (MdB, verantwortlich für Agrarpolitik). [Drogenbeauftragte Ludwig](#) und [Dr. Ute Mons vom DKFZ](#) sowie SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie NGOs begrüßen die Entscheidung der Unions-Abgeordneten. [Ludwig](#) betont dabei, dass sie insbesondere das Werbeverbot für E-Zigaretten begrüßt.

Zuletzt hatten sich [Ärzteverbände](#) und die SPD erneut für ein Werbeverbot stark gemacht, während die FDP dagegen argumentierte. Die Debatte sowie die Entscheidung der Union sorgten für ein sichtliches Medienecho.

Tabak-Kritiker wie das [Forum-Rauchfrei](#) sehen in dem geplanten Verbot eine „Mogelpackung“ und pochen auf ein Total-Verbot. Das Forum fordert von der Regierung einen Plan für ein rauchfreies Deutschland 2030. Medien kommentieren die Entscheidung als überfällig.

Das [BfTG](#) und die E-Zigarettenbranche kritisieren die Entscheidung und die damit verbundene Gleichsetzung mit Tabak, was den Tabak-Stopp behindert. Die [Tabak-Industrie](#) wertet das sich abzeichnende Werbeverbot als Einschränkungen der Grundrechte der Meinungs- und Berufsfreiheit.

Quelle: [stuttgarter-zeitung.de](#), [sueddeutsche.de](#), [ndr.de](#), [br.de](#), [taz.de](#), [handelsblatt.com](#), [wdr.de](#), [morgenpost.de](#), [idowa.de](#), [main-echo.de](#), [saarbruecker-zeitung.de](#), [tagesschau.de](#), [n-tv.de](#), [spiegel.de](#), [sueddeutsche.de](#), [bild.de](#), [t-online.de](#), [zeit.de](#), [mainpost.de](#), [helmstedter-nachrichten.de](#), [tagesspiegel.de](#), [presse-augsburg.de](#), [horizont.net](#), [merkur.de](#), [wp.de](#), [stern.de](#), [marbacher-zeitung.de](#), [waz.de](#), [morgenpost.de](#), [aerztezeitung.de](#), [freipresse.de](#), [dw.com](#), [augsburger-allgemeine.de](#)

Datum: 08.12.2019, 07.12.2019, 06.12.2019, 05.12.2019, 03.12.2019

Meldung: Die Wahl von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken (MdB) zum neuen Führungsduo der SPD sorgt für Anspannung in der großen Koalition. Gesundheitspolitiker von Union und SPD geben sich hingegen optimistisch und sprechen sich für den Erhalt der Regierungskoalition aus und verweisen auf bisherige Erfolge und die gute Zusammenarbeit. Das neue Führungsduo will mehrere politische Projekte und Ziele neu verhandeln, während die Union auf den Koalitionsvertrag und die bereits beschlossenen Kompromisse verweist. Die SPD will bereits vor Weihnachten erste Gespräche mit der Union führen.

Quelle: [spd.de](#), [deutsche-apotheker-zeitung.de](#), [spiegel.de](#), [stuttgarter-zeitung.de](#), [faz.net](#), [berliner-zeitung.de](#), [handelsblatt.com](#), [sueddeutsche.de](#), [tagesschau.de](#), [sueddeutsche.de](#)

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 11.12.2019, 06.12.2019, 02.12.2019, 01.12.2019

Meldung: CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Darin findet sich auch ein Passus zum Thema Werbeverbot: „Wir wollen eine Initiative zur Aufnahme von weitergehenden Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke und Nikotin im Rahmen des Rundfunkstaatsvertrags starten.“ Die CDU hat dem Koalitionsvertrag bereits zugestimmt. Bei Grünen und SPD läuft derzeit noch eine Mitgliederbefragung. Die Regierung soll noch vor Weihnachten stehen. Am 20.12. sind die Wiederwahl von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer und die Vorstellung des Kabinetts geplant.

Währenddessen spricht sich der Drogenbeauftragte von Hannover in seinem neuesten [Bericht](#) für ein Werbeverbot für E-Zigaretten aus. Zwar nimmt laut seinem Bericht in allen Altersgruppen die Raucher-Quote ab, dennoch hätten ein Fünftel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen schon mal gedampft.

Lokal bleibt die Verschmutzung durch Zigarettenkippen ein Thema. Dabei nimmt auch die Bereitschaft zu mehr Verboten etwas zu, um die Umweltbelastung zu senken.

Quelle: [Koalitionsvertrag](#), [mdr.de](#), [euractiv.de](#), [cnv-medien.de](#), [bild.de](#), [mdr.de](#)

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: 12.12.2019, 10.12.2019, 05.12.2019, 04.12.2019, 03.12.2019

Meldung: Das Berufungsgericht der Vereinigten Staaten hat der Aufsichtsbehörde FDA zugestanden, E-Zigaretten wie klassische Tabak-Zigaretten zu behandeln. Aufgrund der Vorfälle mit E-Zigaretten warnt nun die US-Luftwaffe ihre Angehörigen vor dem Dampfen. Mittlerweile kommen auch aus Mexiko erste Meldungen über Gesundheitsvorfälle, die mit dem Dampfen in Verbindung gebracht werden.

Forscher der University of California wiesen bei einem dampfenden Patienten die sogenannte Staublunge (Pneumokoniosis) fest. Im Dampf der E-Zigarette der Person stellten sie Metalle wie z.B. Kobalt, Nickel, Aluminium, Mangan, Blei und Chrom fest. Deshalb sei die Nutzung der E-Zigarette als „mögliche Ursache“ für die Erkrankung ausgemacht worden. [Prof. John Britton](#) (University of Nottingham) hinterfragt die Studie und die Schlussfolgerungen. Ihm zufolge sei Kobalt nicht in der Lunge der betroffenen Person nachgewiesen worden.

Daneben kritisiert der E-Zigarettenexperte [Prof. Siegel](#) (Boston) Aussagen der [American Lung Association](#), welche E-Zigaretten u.a. als Tabak-Produkt deklariert und ihre Wirkung beim Tabak-Stopp bezweifelt.

Nachdem die kanadische Provinz Nova Scotia sich entschlossen hat, ab April 2020 aromatisierte E-Zigaretten zu verbieten, erwägt nun auch die Provinz Ontario diesen Schritt. Die Provinz-Regierung fasst zudem auch die Regulierung von Nikotingehalt und des Verkaufs ins Auge. Der Gesundheitsdienst von Toronto fordert die Zentral- und die Provinz-Regierung auf, Aromen zu regulieren und die E-Zigarettenwerbung im öffentlichen Raum zu beschränken. Auch die Behörde Health Canada warnt vor dem Dampfen. Daneben befeuern Warnungen von Wissenschaftlern und Behörden vor (möglichen) gesundheitsschädlichen Aromen und Inhaltsstoffen die Lage in Kanada

Quelle: [n-tv.de](#), [aerzteblatt.de](#), [t-online.de](#), [stern.de](#), [kleinezeitung.at](#), [chroniclejournal.com](#), [advisory.com](#), [courthousenews.com](#), [miragenews.com](#), [tobaccoinduceddiseases.org](#), [theglobeandmail.com](#), [wellandtribune.ca](#), [cbc.ca](#), [cbc.ca](#)

Datum: 12.12.2019, 03.12.2019, 02.12.2019, 01.12.2019

Meldung: Bangladesch erwägt aufgrund der Vorfälle in den USA ein Verbot von E-Zigaretten. Das Parlament muss jedoch noch dem Vorstoß der Regierung zustimmen. In Indien verabschiedete die erste Parlamentskammer das vom Gesundheitsministerium ausgearbeitete E-Zigarettenverbot (Report 106ff.). Nun planen Gesundheits-NGOs bereits erste Schritte, um Tabak-Zigaretten mittels einer Klage beim Obersten Gerichtshof verbieten zu lassen. Derweil bleibt die südkoreanische Regierung bei ihrer Warnung vor dem Dampfen. Laut dem Verbraucherministerium seien zudem Liquids mit Vitamin-E-Acetat entdeckt worden.

Quelle: [dawn.com](#), [newindianexpress.com](#), [republicworld.com](#), [tehelka.com](#), [indiatoday.in](#), [indiatimes.com](#), [thehindu.com](#), [en.yna.co.kr](#)

Datum: 06.12.2019

Meldung: Die EU hat ihren Bericht „State of Health: Die Gesundheitssysteme in Deutschland und den anderen EU-Ländern“ vorgelegt. Der Bericht analysiert neben europäischen Gesundheitstrends die Besonderheiten der Gesundheitsversorgung in den 28 EU-Staaten.

Darin betonen die Autoren, dass Deutschland das einzige EU-Land sei, das noch Tabak-Werbung erlaube. Zwar biete das deutsche Gesundheitssystem umfassende Leistungen auf hohem Niveau, sei aber teurer als das der meisten anderen EU-Länder. Die Gesundheitsergebnisse entsprächen dagegen nur dem europäischen Durchschnitt.

Quelle: aerzteblatt.de

Datum: 06.12.2019, 05.12.2019, 04.12.2019

Meldung: In der Türkei gilt nun das Plain Pack-Gebot für Zigaretten (Report 68). Ab Januar 2020 dürfen nur noch Zigaretten in Plain Packs verkauft werden.

Währenddessen hat der österreichische Verfassungsgerichtshof zwei Anträge gegen das komplette Rauchverbot in der Gastronomie abgelehnt (Report 109). Insbesondere die Betreiber von Shisha-Bars wollen sich weiter gegen das Rauchverbot engagieren. Derzeit nutzen Shisha-Bars eine Gesetzeslücke durch die Gründung von Raucherclubs.

Die Schweizer Regierung hingegen will sich in der laufenden parlamentarischen Debatte über ein Tabak-Werbeverbot für zusätzliche Maßnahmen für den Jugendschutz einsetzen. So soll Tabak-Werbung auch im Kino und auf Plakaten verboten werden. Daneben fordert die Schweizer Föderation der Suchtfachleute die Förderung des Tabak-Stopps mittels E-Zigarette durch den Tabakpräventionsfonds.

Quelle: dailysabah.com, aa.com.tr, news.yahoo.com, trtworld.com, faz.net, derstandard.at, orf.at, heute.at, orf.at, kleinezeitung.at, blick.ch, bote.ch, fachverbandsucht.ch

Datum: 05.12.2019, 04.12.2019, 03.12.2019

Meldung: Das ungarische Parlament hat mit einer Gesetzesänderung die Mehrwertsteuer auf E-Zigaretten auf 0,02€ halbiert (20 statt 55 Forint/ml). Zudem wird 2020 eine Steuer auf rauchlose Tabake von 57€ (19.160 Forint/Kg) eingeführt. E-Zigaretten und Liquids dürfen künftig nur noch in den staatlichen Tabak-Geschäften verkauft werden. Auch soll die Zahl dieser Geschäfte verringert werden.

Derweil übernimmt Norwegen die TPD2-Regel und lässt den Verkauf von nikotinhaltigen E-Zigaretten und Liquids zu. Jedoch steht noch die genaue nationale Gesetzgebung aus.

Quelle: dailynewshungary.com, balaton-zeitung.info, ethra.co

Datum: 02.12.2019

Meldung: Erneut befassen sich die Medien mit einem Vorstoß des niederländischen, konservativen Gesundheitsstaatssekretärs Paul Blokhuis, der sich für eine Preiserhöhung für Tabak-Zigaretten auf 20€/Packung einsetzt (Report 111, 99f.). Er will zusammen mit Frankreich dafür auch in Belgien und Deutschland für höhere Tabak-Steuern werben. Bundesfinanzminister Olaf Scholz, soll einer Tabak-Steuererhöhung offen gegenüberstehen – das Bundeskanzleramt nicht. Auch der agrarpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ist gegen das Vorhaben.

Daneben starten die belgischen Behörden eine Untersuchung des ersten Todesfalles im Land, der mit dem Dampfen in Verbindung gebracht wird (Report 112). Professor Luc-Marie Jacquet, der den Betroffenen behandelte, sieht in der E-Zigarette den Auslöser für den Tod.

Quelle: shz.de, brusselstimes.com, bruzz.be

Datum: 02.12.2019, 01.12.2019, 28.12.2019

Meldung: Die Gesundheitsminister der australischen Territorien und der Zentralregierung bleiben aufgrund der negativen Meldungen zum Dampfen skeptisch gegenüber der E-Zigarette. Sie wollen die Entwicklungen weiter beobachten. Gesundheits-NGOs bestärken sie darin. Sie hinterfragen u.a. die Unterstützungsleistung beim Tabak-Stopp.

Währenddessen wollen in Neuseeland Gesundheits-NGOs mit einer Kampagne in Schulen Schüler vom Dampfen abhalten. Ihnen zufolge kann die Wahrnehmung der E-Zigarette als weniger schädliches Produkt Jugendliche zum Konsum führen. Sie beanstanden auch das E-Zigarettenmarketing – insbesondere in den Social Media. Das Gesundheitsministerium sieht sich derzeit nicht im Stande gegen derlei Werbung vorzugehen, da ihm eine rechtliche Grundlage fehlt.

Quelle: health.gov.au, nationaltribune.com.au, miragenews.com, ajp.com.au, rnz.co.nz

Datum: 01.12.2019, 30.11.2019, 29.11.2019

Meldung: Prof. Luke O'Neill (Trinity College Dublin) befasst sich ausgewogen mit den Argumenten für (Harm Reduction, Tabak-Stopp) und gegen (Langzeitfolgen, Gateway-Effekt) das Dampfen und spricht sich gegen ein Verbot von E-Zigaretten aus. Sein Experten-Kollege Prof. Tikki Pang – ehemaliger WHO-Director Research Policy & Cooperation, plädiert ebenfalls für den Harm Reduction-Ansatz der E-Zigarette und kritisiert die Skepsis der WHO ggü. dem Dampfen. Dabei verweist er auf die pragmatische Herangehensweise in UK und Neuseeland.

Einer Analyse der University of Nottingham zufolge sind in Großbritannien keine Liquids mit Vitamin E-Acetat auf dem Markt. Laut der neuesten Ausgabe des [Health Survey for England](#) geht hervor, dass die Raucherquote unter [Heranwachsenden](#) weiter schrumpft. 3 Prozent der dampfenden Jugendlichen hat noch nie Tabak geraucht. Aber 73 Prozent der Heranwachsenden, die schon mal geraucht haben, haben auch schon einmal gedampft. Zudem erhöhe das Rauchen durch Eltern die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit dem Tabak-Konsum beginnen, signifikant um das Dreifache. Dabei dampfen 6 Prozent der [erwachsenen Briten](#). 1 Prozent der erwachsenen Dampfer haben noch nie Tabak geraucht. 18 Prozent der aktuellen Raucher dampft parallel, während 13 Prozent der Ex-Raucher noch dampfen (insgesamt haben 76 Prozent der Ex-Raucher noch nie gedampft).

Quelle: independent.ie, indiatimes.com, ncbi.nlm.nih.gov, nhs.uk

2.5. Fachcommunity

Datum: 04.12.2019

Meldung: Die Cochrane Deutschland Stiftung (CDS) verweist anlässlich der Debatte im ein Werbeverbot in Deutschland auf zwei Meta-Studien von Cochrane. In einer Studie kommen die Autoren zu dem Schluss, dass Tabakwerbung es wahrscheinlicher macht, dass Jugendliche mit dem Rauchen beginnen. Bei der zweiten Studie lasse sich aus der vorhandenen Evidenz kein klarer Effekt von Werbeverboten ableiten, so die Autoren.

CDS gibt zu bedenken: Die Auswirkungen von Werbung bzw. Werbeverböten auf das Verhalten von Konsumenten ließen sich nur sehr schwer in einem experimentellen Setting untersuchen. Andererseits fehlten Beobachtungsstudien, die zum Beispiel den Tabak-Konsum von Jugendlichen vor und nach der Einführung eines Werbeverbots in einem Land nachverfolgen, zumeist eine Vergleichsgruppe. Das erschwere die kausale Zuordnung zwischen beobachteten Veränderungen und deren vermuteten Ursachen.

Quelle: idw-online.de

Datum: 03.12.2019, 02.12.2019

Meldung: Einer Studie der University of Louisiana zufolge schwächt Liquid-Dampf anders als Tabak-Rauch nicht das Immunsystem. Der Dampf fördere auch nicht die Erkrankung an Lungenentzündungen, was durch Tabak-Rauch geschehen könne. Die Forscher testeten dafür Mäuse und beobachteten die Veränderungen von Krankheitserregern durch Dampf und Rauch.

Quelle: aem.asm.org, eurekaalert.org, skystatement.com, heraldpublicist.com

Datum: 04.12.2019, 30.11.2019

Meldung: Prof. Dr. Martin Storck, Facharzt für Gefäß- und Thoraxchirurgie am Klinikum Karlsruhe, spricht sich erneut gegenüber den Medien für das Dampfen aus. Der Mediziner plädiert mit Blick auf die Vorfälle in den USA für eine objektivere Berichterstattung zur E-Zigarette.

Ganz anders die Europäische Gesellschaft für Atemwege: Sie argumentiert gegen den Harm Reduction-Effekt beim Dampfen und die Unterstützungswirkung der E-Zigarette beim Tabak-Stopp.

Quelle: idowa.de, erj.ersjournals.com

Datum: 30.11.2019

Meldung: Wissenschaftler um Lion Shahab (University College London) analysierten die Rolle von E-Zigaretten beim Tabak-Stopp. Raucher, die gleichzeitig Nikotinersatztherapien nutzen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit einen Rauch-Stopp zu starten als Raucher, die gleichzeitig dampfen (Dual User). Auch falle der Erfolg des Tabak-Stopps bei Dual Usern geringer aus als bei Nutzern von Nikotinersatztherapien. Jedoch reduziere der duale Konsum nicht die Tabak-Stopp-Quote. Insgesamt weisen ausschließliche Raucher die geringste Wahrscheinlichkeit/Erfolg beim Tabak-Stopp auf.

Quelle: sciencedirect.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 06.12.2019, 05.12.2019, 04.12.2019

Meldung: Das DKFZ hat zur Tabakkontrollkonferenz 2019 ein [Paper](#) zum Thema Tabak-Steuer herausgegeben. Darin wird auch für die Besteuerung der E-Zigarette plädiert. Der Steuersatz auf E-Zigaretten solle aber unter der Tabak-Steuer liegen. Das DKFZ argumen-

tiert, E-Zigaretten und HNB seien „keine harmlosen Life-Style-Produkte, auch wenn sie weniger Schadstoffe enthalten als Tabakrauch“. Das Zentrum sieht im Dampfen eine Gesundheitsgefährdung für Jugendliche. „Daher sollten diese Produkte so besteuert werden, dass sie nicht zu Preisen angeboten werden, die sie für Jugendliche attraktiv machen. Gleichzeitig sollten die Steuern für Zigaretten und Feinschnitttabak deutlich erhöht werden, um Jugendlichen den Einstieg in den Tabakkonsum zu erschweren und Raucher zum Ausstieg zu motivieren.“, so das DKFZ. Ferner fordern die Teilnehmer der Konferenz eine Ausweitung des Nichtraucherschutzes auf die E-Zigarette und wiederholen die Forderung nach einem Werbeverbot für E-Zigaretten.

Daneben plädieren die Teilnehmer dafür, die E-Zigarette in die Nichtraucherschutzgesetze aufzunehmen. Sie könnten nicht ausschließen, dass auch Passivdampf gesundheitsschädlich sein könne. Die Experten verweisen erneut auf fehlende Langzeiterkenntnisse über die Folgen des Dampfens. Valide Daten werde es dazu erst in fünf Jahren geben, so Dr. Mons vom DKFZ.

Die Konferenz-Teilnehmer argumentieren zudem mit den Folgekosten des Rauchens und schlagen eine Tabak-Steuererhöhung von 30 Prozent in drei Schritten vor.

Quelle: dkfz.de, zdf.de, swr.de, fr.de, aerzteblatt.de, swr.de, aerzteblatt.de, welt.de, stuttgarter-zeitung.de, morgenweb.de, morgenweb.de, [Nachrichtensender WELT](http://Nachrichtensender_WELT), apotheke-adhoc.de, noz.de, tag24.de, nordkurier.de, pharmazeutische-zeitung.de, schwaebische.de, welt.de

Datum: 03.12.2019

Meldung: Die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK), ein Zusammenschluss von 22 medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften, Verbänden und Forschungseinrichtungen, fordert ein baldiges E-Zigarettenwerbeverbot. Dr. Ute Mons (DKFZ) argumentiert dabei u.a. mit den gestiegenen Werbeausgaben der Tabak-Konzerne und dem Jugendschutz.

Quelle: dank-allianz.de, idw-online.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Siehe Abschnitt 2.2.

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
16.12.- 20.12.2019	Sitzungswoche Bundestag	Deutscher Bundes- tag	Berlin	bundestag.de
20.12.2019	Plenarsitzung Bundesrat	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
19.- 22.02.2020	8. Europa-Konferenz zu Tabak und Gesundheit	DKG, Krebshilfe, ABNR u.a.	Berlin	ectoh.com
11.03.2020	WAT-Frühjahrstagung	Wissenschaftlichen Aktionskreis Tabak- entwöhnung (WAT)	-	wat-ev.de
11.- 14.03.2020	SNRT-Konferenz	Society for Research on Nicotine & Tobac- co	New Orleans	srnt.org
2020	9. Conference of the Par- ties (COP9)	FCTC	Niederlande	who.int/fctc
19.- 22.02.2020	Deutscher Krebskongress (auch zur E-Zigarette)	DKG	Berlin	dkk2020.de
25./26.05.2 020	fdr-Suchtkongress	Fachverband Dro- gen- und Suchthilfe	Berlin	fdr-online.info
Juni 2020	5th European Conference on Tobacco Control	ENSP	Paris	ensp.network/
26.06.2020	Weltdrogentag	UNO	weltweit	-
06.-12.2020	EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland	Bundesregierung	EU	eur- lex.europa.eu

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.